

10. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XVII/162

Bonn, den 9. August 1962

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Herr Mende und die "Gesamtdeutschen" ----- Arbeit für den Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages	19
2	Wer schützt die Demokratie? ----- Zur Kontroverse zwischen Arbeitgeberverbänden und DGB	41
3 - 4	Enttäuschte Fluggeschädigte in Hamburg ----- Sie vertrauten den Bonner Versprechungen	79
5 - 6	<u>Unser Auslandsbericht:</u> Welthandelskonferenz in Sicht ----- Bemerkenswerte Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster	57
6	"Arbeitsteilung" in Peru ----- Kommunisten und Militärputschisten Hand in Hand "DER" begrüßt Terror gegen Demokraten Von Eberhard Dingels	24

Chefredakteur Günter Merkscheffel

Herr Mende und die "Gesamtdeutschen"

Arbeit für den Außenpolitischen Ausschuß des Bundestages

Dr. Erich M e n d e , Bundesvorsitzender der FDP, hat im Bayerischen Rundfunk die Bildung "Gesamtdeutscher Kommissionen" gefordert, mit deren Hilfe auf dem Gebiet des Handels, des Verkehrs und der Kultur ein erster Schritt zu einem Wiederezusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands getan werden soll. Herr Mende betont hierbei ausdrücklich, daß derartige "Gesamtdeutsche Kommissionen" - zusammengesetzt aus Vertretern der Bundesrepublik und der "DDR" - selbstverständlich nicht als Anerkennung des Ulbricht-Regimes gewertet werden können. Die "Gesamtdeutschen Kommissionen" sollen in Berlin tagen und im Auftrage einer ständigen Deutschlandkonferenz der stellvertretenden Außenminister der ehemaligen Siegermächte miteinander verhandeln.

Die Idee des Herrn Mende ist keineswegs neu; sie wurde bereits vor der Genfer Außenministerkonferenz von 1955 diskutiert. Zur Genfer Außenministerkonferenz 1959 gingen die ehemaligen Siegermächte mit dem Vorsatz, die Vertretungen der beiden Teile Deutschlands zusammenzuführen. Sie brachten es sogar fertig, daß sich Herr Greve für die Bundesrepublik und Herr Bolz für die "DDR" an sogenannten Katzentischen im Konferenzsaal der Großen einfanden. Neun Wochen dauerte der Versuch, im Rahmen der von West u n d Ost vorgelegten "Friedenspakete" zu einem Ergebnis zu gelangen, dann wurden die "Katzentische" weggeräumt, und man redete wieder nur über Berlin.

- * K e u an dem Wiederbelebungsversuch dieser Prozedur und Methode
- * durch Herrn Mende - denn darauf geht sein Vorschlag praktisch
- * hinaus - ist jedoch die Tatsache, daß die jetzigen Koalitions-
- * partner der FDP - CDU und CSU -, sowie der größte Teil der deut-
- * schen und ausländischen Presse die Vorschläge des FDP-Vorsitzen-
- * den registrieren, ohne sofort in ein großes Feldgeschrei über
- * den "Verrat an Deutschland" auszuweichen.

In Bonn kursiert das Gerücht, Herr Mende habe diesen "Versuchsbollen" in vollem Einvernehmen mit seinen Koalitionspartnern gestartet, um die Bundesregierung der eigentlich ihr selbst zufallenden Aufgabe zu entheben, etwas zum Deutschlandproblem zu sagen, was möglicherweise in der Reihen der CDU/CSU auf heftigen Widerstand stoßen würde. Bemerkenswert ist nämlich, daß der von dem FDP-Außenpolitiker Dr. A c h e n b a c h einige Tage vorher erfolgte Vorstoß in die gleiche Richtung bis zur Stunde bei der Bundesregierung ohne Widerspruch geblieben ist...

Wie dem auch sei: der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages wird nach den Parlamentsferien neuen "Stoff" für seine Beratungen haben.

Wer schützt die Demokratie ?

Zur Kontroverse zwischen Arbeitgeberverbänden und DGB

ap - Wieder einmal wird in der Bundesrepublik die Frage diskutiert, ob die Gewerkschaften das Recht haben, die organisierten Arbeitnehmer zum Widerstand gegen die Gefährdung der demokratischen Staatsordnung aufzurufen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bestreitet dem Deutschen Gewerkschaftsbund dieses Recht. Sie meint, allein das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sei berechtigt, darüber zu entscheiden, ob unser demokratischer Staat gefährdet sei oder nicht. Der DGB dagegen weist darauf hin, die Geschichte lehre, daß die verfassungsmäßigen Organe auch versagen können, und daß in einer solchen Situation die organisierten Arbeitnehmer das R e c h t und die P f l i c h t hätten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erhaltung des freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates einzutreten.

Wer die Geschichte der Deutschen Gewerkschaften kennt, und besonders das Verhalten des DGB in der Wiederaufbauperiode nach dem zweiten Weltkrieg zur Kenntnis genommen hat, wird wissen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund es mit seinem Einsatz für die Erhaltung der Demokratie sehr ernst nimmt. Viel ernster als manche anderen gesellschaftlichen Gruppen in der Bundesrepublik, die erst nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes entdeckt haben, daß die Demokratie die für Deutschland beste und vernünftigste Staatsform ist.

Der DGB brauchte gar nicht an die Situation während des Kapp-Putsch in der ersten deutschen Demokratie nach dem Weltkrieg No. 1 zu erinnern, als große Teile der für die Erhaltung des Rechtsstaates mitverantwortlichen Kräfte auf die Seite der Gegner der Demokratie übergingen. Damals waren die deutschen Gewerkschaften - zusammen mit der Sozialdemokratie - das einzige Bollwerk gegen die demokratiefeindlichen Elemente der Weimarer Republik.

Ohne jemandem zu nahe zu treten, hätte der DGB auch darauf verweisen können, daß rein f o r m a l e Entscheidungen von Gerichten, die die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als die "alleinigen Hüter der Verfassung" bezeichnet, nicht ausreichen, um bei einem offenen Angriff auf die Demokratie den Rechtsstaat zu schützen.

Schließlich verlangt und erwartet man ja vom DGB und den in den Industriegewerkschaften organisierten Arbeitnehmern auch, daß sie politisch aktiv werden und zum äußersten Einsatz bereit sind, wenn die deutsche Demokratie vom Kommunismus bedroht wird. Die Feinde der Demokratie, ganz gleich, ob sie von rechts oder von den Kommunisten kommen, sollen wissen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund den Widerstand gegen jeden neuen Versuch, das deutsche Volk einem Unrechts-Regime auszuliefern, als seine Pflicht betrachtet, die er sich von n i e m a n d e m streitig machen läßt.

Enttäuschte Flutgeschädigte in Hamburg

rh - Hamburg

Von der großen Flutkatastrophe im Februar wurde in Hamburg der Stadtteil Wilhelmsburg am stärksten betroffen. Es handelte sich um das Siedlungs- und Wohngebiet von rund 50.000 Menschen auf einer der Elbinseln zwischen Norder- und Süderelbe, das durch Deichbrüche auf allen Seiten fast ganz überschwemmt wurde. In den Kleingartenkolonien mit ihren Behelfsheimen stand das Wasser meterhoch und es kamen in Wilhelmsburg viele Menschen um, die sich nicht mehr retten konnten. Alle Keller in Wilhelmsburg waren überflutet; die Materialverluste waren dementsprechend auch besonders hoch.

Der größte Teil der Rettungsmaßnahmen und der späteren Hilfsmaßnahmen konzentrierte sich auf Wilhelmsburg, das damals eine tragische Berühmtheit in der ganzen Welt erlangte. Es bildete sich eine "Notgemeinschaft der Flutgeschädigten Wilhelmsburgs", die mit Umsicht ihre selbstgewählte Aufgabe anfasste und bei den zuständigen Hamburger Stellen stets williges Gehör fand. Die Notgemeinschaft streckte ihre Fühler auch bis Bonn aus, da die Bundesregierung nach der Katastrophe die Zusicherung gegeben hatte, sich der Flutgeschädigten durch eine großzügige finanzielle Hilfe anzunehmen.

Empörung über Bonn

Dabei hat die Notgemeinschaft offenbar keine guten Erfahrungen gemacht. Denn sie sah sich jetzt gezwungen, in der lokalen "Wilhelmsburger Zeitung" am 28. Juli einen "Offenen Brief an die Bundesregierung" zu veröffentlichen, in dem es u.a. heißt:

- * "Die Notgemeinschaft der Flutgeschädigten Wilhelmsburgs ist empört darüber, daß überhaupt nichts wegen der Flutschadensentschädigung seitens der Regierung geschieht. Es erfolgten Besprechungen mit dem Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, bei welchen auf die Dringlichkeit der schnellen Abwicklung hingewiesen wurde, und es liegen Zusagen vor, daß die Vorbesprechungen laut Nachricht vom Wirtschaftsminister abgeschlossen sind."

Der "Offene Brief" stellt dann die Frage: "Wann erfolgt endlich etwas Entscheidendes?", und sagt auch, worum es sich für die Flutgeschädigten handelt:

- * "Die Vertreter der Notgemeinschaft haben mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Verklavung der Wirtschaft infolge der Kredite, für die eine Verpfändung des Eigentums erfolgen mußte, nicht mehr tragbar sei."

Die Regierung soll, das will die Notgemeinschaft, endlich klipp und klar sagen, womit die Flutgeschädigten aus Bundesmitteln rechnen

können und was man für sie tun will, damit sie nicht allein für die materiellen Folgen der Flutkatastrophe aufkommen müssen. Die Flutgeschädigten befürchten allerdings, daß die Regierung in Bonn keine Zeit für ihre Sorgen hat und drücken ihre Befürchtungen so aus:

- * "Es hat den Anschein, daß Fibag- und Strauss-Angelegenheiten
- * sowie Fragen der Nachfolge der Kanzlerschaft und Aufbau-
- * hilfe für fremde Länder die Regierung voll in Anspruch nehmen,
- * so daß für die Nöte und Sorgen der Flutgeschädigten
- * keine Zeit mehr übrig bleibt. Da sind sehr schöne Worte
- * über Hilfsmaßnahmen von höchster Stelle und von allen Frak-
- * tionen gesprochen worden, aber je weiter das Wasser zurück-
- * geht, umso ruhiger ist es geworden. Laßt endlich den Wor-
- * ten die Tat folgen!"

Hamburg half ohne große Worte

Zu gleicher Zeit hat die Staatliche Pressestelle Hamburg über "verbürgte Darlehn und Zinszuschüsse bei der 200 Millionen-Darlehnsaktion für Flutgeschädigte" mit dem Stand vom 20. Juli einen Bericht darüber herausgegeben, wieviel bisher in Hamburg auf diesem Gebiet ohne große Worte und ohne tönende Versprechungen - geleistet wurde. Bei den Bewilligungsausschüssen sind bisher 2467 Anträge eingegangen, und der letzte Zuwachs hat in der Woche vor dem 20. Juli 55 Anträge betragen. Der größte Teil der Anträge, nämlich 1298, erfolgte an die Bürgschaftsgemeinschaft Industrie, Handel und Verkehr und an die Handelskammer, 395 gingen an die Bürgschaftsgemeinschaft Handwerk, 167 an die Gemeinnützige Darlehnskasse, 506 an die Hamburger Behörde für Ernährung und Landwirtschaft und 101 an die Behörde für Wirtschaft und Verkehr.

2151 Anträge wurden bereits positiv erledigt, wobei es sich um verbürgte Darlehn mit einer Summe von 56,4 Millionen DM handelte. In 2308 Fällen wurden Zinszuschüsse für Darlehn mit einer Gesamtsumme von 61,06 Millionen DM bewilligt. Nur in 24 Fällen wurden Bürgschaften für Darlehn (mit einer Summe von nur 377.400 DM) und in 33 Fällen Zinszuschüsse (für Darlehn von zusammen 3,1 Millionen DM) abgelehnt. Von den verbürgten Darlehn entfielen 23,7 Millionen DM auf die Anträge der Bürgschaftsgemeinschaft Industrie, Handel und Verkehr und 20,5 Millionen DM auf die Anträge bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr. Das Handwerk erhielt 6,8 Millionen Darlehn, die Anträge über die Behörde für Ernährung und Landwirtschaft (zumeist Bauern) umfassen 4,4 Millionen DM Darlehn.

Welthandelskonferenz in Sicht

Von unserem Korrespondenten in Genf, Bruno Kuster

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, der soeben in Genf seine Sommertagung beendete, faßte im Verlaufe seiner vierwöchigen Session nicht weniger als 66 Beschlüsse, davon 53 einstimmig. Zwölf wurden ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen angenommen, und nur ein einziger gab Anlaß zu einer "Kampfabstimmung". Diese in geduldsigen Verhandlungen erzielte weitgehende Übereinstimmung widerlegt das verbreitete Vorurteil, daß machtpolitische Gegensätze jede fruchtbare Arbeit verhindern.

Nicht nur „Routinegeschäfte“

Die Einmütigkeit manifestierte sich nicht etwa in belanglosen "Routinegeschäften", sondern in entscheidenden Fragen unserer Zeit. Eine einstimmig angenommene Entschließung über das Jahrzehnt der Entwicklung unterstreicht, "daß der Entwicklungsprozeß eine vielseitige Aufgabe darstellt, die insbesondere die Industrialisierung und eine leistungsfähige Landwirtschaft umfaßt und von seiten der Entwicklungsländer eigene und entschlossene Anstrengungen sowie eine gewissenhafte Planung erfordert."

Die Regierungen werden eingeladen, den Absatz der Erzeugnisse der unterentwickelten Länder zu erleichtern und internationale Vereinbarungen über die Stabilisierung der Rohstoffpreise abzuschließen; die regionale Wirtschaftsintegration muß den Handelsinteressen der Entwicklungsländer Rechnung tragen; die internationale Kapitalhilfe ist wesentlich zu verstärken. Die Entschließung fordert die Regierungen auf, die Mittel des Spezialfonds und des erweiterten Programms der technischen Hilfe unverzüglich von gegenwärtig etwa 90 auf 150 Millionen Dollar jährlich zu erhöhen und das von der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft versuchsweise lancierte "Welternährungsprogramm" tatkräftig zu unterstützen.

Gesinnungswandel?

Im Verlauf der Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates vollzog sich ein bemerkenswerter Gesinnungswandel, der im einstimmigen Beschluß gipfelte, eine Welthandelskonferenz vorzubereiten, die sich hauptsächlich mit den dringenden Anliegen der Entwicklungsländer befassen wird. Die Anregung dazu, die in westlichen Kreisen anfänglich auf Ablehnung stieß, ging von den wirtschaftlich rückständigen Ländern selbst aus, die in ihrem Begähren von Moskau lautstark unterstützt wurden. Ein Experten Ausschau wird im nächsten Frühjahr zusammentreten, um die Tagesordnung dieser Konferenz vorzubereiten, die zweifellos eine sehr nützliche Arbeit leisten kann, wenn ihr praktische Aufgaben gestellt werden. Es geht dabei im Grunde genommen um nicht weniger als den Versuch, das von den klassischer Industrie-

mächten beherrschte Welthandelssystem durch eine neue Ordnung zu ersetzen, die den in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen Rechnung trägt.

Abrüstung wäre Wohltat für die ganze Menschheit

Ebenfalls einstimmig hat der Rat, in welchem achtzehn Regierungen vertreten sind, vom Bericht über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Abrüstung Kenntnis genommen und sich der Schlußfolgerung angeschlossen, die besagt, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung für die ganze Menschheit eine Wohltat darstellen würde. Anklage und Befürchtung, daß die freie Marktwirtschaft ohne Rüstungsimpulse nicht florieren könne, scheinen bereits der Vergangenheit anzugehören.

Der polnische Präsident des Wirtschafts- und Sozialrates, Jerzy Michalowski, betonte in seiner Schlußansprache, daß die Meinungsverschiedenheiten zwar fortbestehen, "aber man beurteilt die Weiterentwicklungen in viel vernünftigerem Geiste... Tatsächlich gelingt es immer häufiger, unsere Anstrengungen im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen zu vereinigen."

+ + +

"Arbeitsteilung" in Peru

Von Eberhard Dingels

Während die Militärdiktatur in Peru jede Regung demokratischen Bewußtseins mit Stumpf und Stiel auszurotten versucht, halten die peruanischen Kommunisten in aller Öffentlichkeit und unbehindert von der Armee ihren Parteitag ab. Diese Tatsache ist umso interessanter, als die führenden Militärs und die mit ihnen verbündeten Großgrundbesitzer im Ausland den Eindruck erweckten, als sei es gerade der Kommunismus, den es aufzuspüren und zu bekämpfen gelte. In Wirklichkeit jedoch hat sich eine schöne Arbeitsteilung zwischen der Militärdiktatur und den peruanischen Kommunisten herausgebildet. Beide Richtungen sind sich einig in der Bekämpfung demokratischer und sozial-revolutionärer Bewegungen. Beide spielen sich geschickt die ideologisch geeigneten Karten in die Hand.

Wen wundert es noch, daß das Zonenregime sich durch Grußbotschaften und die Entsendung von Funktionären an dieser unheiligen Allianz in Peru beteiligt? Das Abknallen von Arbeitern und Bauern, das das Militärregime in Peru mit geradezu sadistischer Lust durchführt, und dabei die kommunistischen Parteianhänger mit großmütigem Schutz umgibt, findet bei den Handlangern des sogenannten "ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates" Zustimmung und Anerkennung. Die sonst so protestwilligen Kommunisten in Mitteleuropa haben geschwiegen, als die Militärjunta in Peru die Führer der größten Arbeiter- und Bauernpartei Lateinamerikas, der APRA, verhaftete und ins Gefängnis warf, als die Büros und sozialen Einrichtungen dieser Partei verwüstet und zerstört wurden.

+ + +